

**(Dr. Alexander Wolf)**

(*Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*: Das ist doch Hetze!)

Die meisten kommen nach Deutschland, weil hier zu viele Anreize geboten werden, die sie nach Deutschland ziehen.

(*Gerhard Lein SPD*: Das sagen Sie mal ein paar Syrern!)

Das sind in erster Linie finanzielle Anreize, Geldleistungen vor allem. Dazu gehören die Unterbringung, die medizinische Versorgung und die attraktive Schulbildung hierzulande. Dazu gehört die Nicht-Durchsetzung geltenden Rechts; allein in Hamburg werden Tausende rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben. Und als weiterer Anreiz gehört dazu die Flüchtlingsindustrie selbst, inzwischen ein Milliardengeschäft, und ihre Förderung und Finanzierung mit öffentlichen Mitteln. Ein weiterer Grund, diesen Antrag abzulehnen:

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Aber das Grundgesetz kennen Sie?)

Die genannten Organisationen und Vereinigungen bevormunden nicht nur häufig die Migranten. In den Informationsveranstaltungen besetzen deren Mitarbeiter regelmäßig die ersten Reihen. Diese selbsternannten Gutmenschen schaffen, unterstützt von maßgeblichen Politikern bis hin zum Bundespräsidenten, ein bestimmtes Klima und einen bestimmten sozialen Druck. Ich spreche von einem politisch und medial beförderten Ausgrenzungsklima gegenüber den kritischen Stimmen, in dem jegliche Kritik an einer ungesteuerten Immigration in eine dunkle Ecke gestellt wird. Hier werden schon wieder Denkverbote und Tabus aufgebaut, die eine sachliche, lösungsorientierte Analyse der Situation und eine Lösung der Masseneinwanderung verhindern, was wiederum selbst ein Anreiz ist, der die Masseneinwanderung nach Deutschland zusätzlich befördert. Kritik aber ist legitim. Man muss sich auch mit einer derartigen Situation kritisch auseinandersetzen können und auch mit den langfristigen Problemen, die das Zusammenleben von Millionen von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen hier im Lande heraufbeschwört.

Nach unserer Auffassung muss diese Massenimmigration kritisch angesprochen, analysiert, gesteuert und begrenzt werden. Bei Annahme Ihres Antrags hingegen würde das Problem nicht nur verwaltet, sondern auch noch befördert werden. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der AfD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg**: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. – Das Wort hat die fraktionslose Abgeordnete Güçlü für fünf Minuten.

**Nebahat Güçlü** fraktionslos: Herr Präsident, meine Damen und Herrn! Ich habe nicht viel Zeit, also werde ich versuchen, mich kurz zu fassen. Ich kann nur sagen, Herr Dr. Wolf, Sie sind eine Schande für dieses Parlament.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der FDP – Glocke)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, bei allem Verständnis für Ihre Erregung, bleiben Sie bitte beim parlamentarischen Sprachgebrauch.

(Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN)

**Nebahat Güçlü** fraktionslos (fortfahrend): Ich hätte mir gewünscht, dass das an der einen oder anderen Stelle auch meinem Vorredner gesagt worden wäre, aber ich werde mich darum bemühen.

Sie sind im ewig Gestrigen steckengeblieben, und ich werde Ihnen nicht mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen. All das, was Sie heute von sich gegeben haben, disqualifiziert Sie und Ihre Fraktion einmal mehr.

(Beifall bei der SPD und bei *Thomas Kreuzmann CDU*)

Ich möchte gern auf den Antrag der Regierungsfaktionen zurückkommen. Die Debatten, die wir seit einigen Monaten zur Flüchtlingsthematik führen, zeigen etwas Symptomatisches. Jenseits von Partei- und Fraktionsgrenzen wissen wir, dass dies ein sehr ernstes, wichtiges Thema ist, aber wir nähern uns ihm immer in Facetten, in Bruchstücken: mal geht es um Arbeitsmarktzugang, mal um die Koordinierung von Ehrenamtlichen, mal um die wichtige finanzielle Unterstützung dieser Koordination. Aber seien wir ehrlich: Keine der Fraktionen hat ein Gesamtkonzept vorgelegt. Das hat Frau Özdemir vorhin sehr richtig kritisiert. Was wir noch immer nicht haben, ist ein Gesamtkonzept für die Stadt, wie wir die Flüchtlingshilfe von der Erstversorgung, die ein gesetzlicher Auftrag ist, bis hin zur ehrenamtlichen Arbeit wirklich systematisch koordinieren. Wir doktern an der einen oder anderen Stelle ein bisschen herum, dann gibt es mal wieder eine Drucksache zur Nachbewilligung von Mitteln für die Koordinierung. Ich meine, wir könnten viel schneller handeln. Ich kann Ihnen, Herr Senator, aus meinen Reden im Mai oder Juni in der Bürgerschaft zitieren. Am 24. Juni habe ich gesagt:

"Deswegen plädiere ich für einen Hamburger Flüchtlingsgipfel – ich habe es an dieser Stelle schon öfter gesagt –, der alle Facetten beleuchtet, alle Fragen thematisiert, Defizite aufdeckt, Ideen und Ressourcen bündelt und Handlungsstrategien entwickelt."

Darauf wurde nicht eingegangen. Es sind vier Monate ins Land gegangen. Ich glaube, auch die

**(Nebahat Güçlü)**

FDP-Fraktion hat während des Sommers einen Flüchtlingsgipfel gefordert. Sie nennen es jetzt Forum. Nennen Sie es, wie Sie wollen, aber handeln Sie, denn es ist mehr als fünf vor zwölf in der Flüchtlingshilfe. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, mit allen relevanten Akteuren in diesem Bereich, nicht nur den Ehrenamtlichen, nicht nur den Hauptamtlichen. All diesen Menschen gilt mein herzlichster Dank, aber wir brauchen eine systematische Koordination aller.

Wenn einige von Ihnen schon einmal in den Unterkünften waren, wissen Sie, dass es Unterkünfte gibt, wo es wirklich sehr beeindruckend ist, wie die ehrenamtliche Hilfe funktioniert und wie gut die Koordination ist, und dann wieder gibt es Einrichtungen, wo man wirklich nur unter Tränen wieder rausrennen kann. Diese Zustände können so nicht weitergehen, und ich hoffe, dass wir nicht noch einmal vier Monate für Regierungs- und Oppositionsspielchen brauchen. Ich fordere Sie auf, ich fordere den Senat auf, in der Frage der Flüchtlingshilfe alle Fraktionen an einen Tisch zu holen. Es ist ein wichtiges Thema. Sie können es auch gern ein Thema der inneren Sicherheit nennen,

*(Kazim Abaci SPD: Oberlehrerin!)*

aber der Winter naht, und es muss gehandelt werden. Wenn alle an einen Tisch kommen und verantwortlich eingebunden werden, können wir gemeinsam etwas Vernünftiges erreichen: für uns, für die Menschen in der Stadt, aber auch für die Menschen, die zu uns kommen, weil sie bei uns Schutz suchen, und nicht, weil sie ihre Heimat gerne verlassen. Dazu fordere ich Sie auf. Dazu lade ich Sie ein und biete meine Mitarbeit an. – Vielen Dank.

*(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der FDP)*

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Güçlü. – Das Wort hat Herr Senator Scheele.

**Senator Detlef Scheele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde, diese Debatte, die sich eigentlich um einen kleinen Ausschnitt der Flüchtlingspolitik dreht, hat einen guten Verlauf genommen – bis vor wenigen Minuten. Denn genau wie in den Beratungen im Sozialausschuss am Freitag sind wir relativ dicht beieinander, obwohl uns auch einiges trennt. Aber bei diesem Thema gibt es eigentlich keinen ernsthaften Parteienstreit, und das ist gut so.

*(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)*

Wir als Senat waren nicht sicher, ob uns noch einmal gelingt, was uns in der vergangenen Legislaturperiode gelungen ist, als wir alle Drucksachen für Wohnungslose und Flüchtlinge immer einvernehmlich und gemeinschaftlich beschlossen ha-

ben. Aber ich finde, wir waren oder sind auf einem guten Weg.

Ihr Redebeitrag, Herr Dr. Wolf, ist inakzeptabel, und zwar deshalb, weil Sie behaupten, man könne keinen kritischen Diskurs in Deutschland führen und dürfe keine abweichende Meinung haben. Das ist die Haltung von rechtsaußen und in diesem Parlament nicht zulässig.

*(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der LINKEN und der FDP – Zurufe von der AfD)*

– Schreien Sie nicht. Ich bin dran, und es geht nicht nach Brülllautstärke.

In den Parteien und Fraktionen führen wir eine kritische Diskussion über die Frage mit oder ohne Bleiberecht. Was machen wir mit sicheren Drittstaaten, wie führen wir Rückführungen durch, welche Standards beschließen wir, wie lange lassen wir die Menschen in der Erstaufnahme, wollen wir bereits von dort zurückführen, etablieren wir in Deutschland große Erstaufnahmen?

*(Zuruf von der AfD)*

– Sie können sich ja irgendwo einmal konstruktiv beteiligen, dann wüssten Sie das.

Darum ringen die Parteien im Deutschen Bundestag und in den 16 deutschen Landtagen gleichermaßen, weil wir alle vor diesen Problemen stehen. Meine Wahrnehmung ist, dass ganz unterschiedliche Auffassungen von den demokratischen Parteien auf einem völlig demokratischen, aber auch kontroversen Weg ausdiskutiert werden. Am Ende werden sie im Deutschen Bundestag und in den Ministerpräsidentenkonferenzen entschieden – das ist der richtige Weg. Aber ich lasse nicht durchgehen, dass in diesem Land nicht jeder seine Meinung zur Flüchtlingsfrage sagen darf und sie aufgenommen und diskutiert wird. Vielleicht haben Sie Ihre Fernsehgebühren nicht bezahlt, aber wenn Sie die "Tagesthemen" und das "heute journal" und die Berichterstattung über Syrien, den Irak, das Grenzgebiet, die Flüchtlingslager verfolgen und dann noch behaupten, diese Menschen kämen aus wirtschaftlichen Gründen und nicht aus blanker Not hierher, dann machen Sie doch einmal die Augen auf, Himmel, Arsch und Zwirn.

*(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN, der FDP und vereinzelt bei der CDU)*

Noch ein bisschen Nachhilfe: Nach den Genfer Flüchtlingskonventionen haben wir im Asylverfahren so hohe Anerkennungsquoten wie noch nie. Sie wissen auch, dass die Hürden für politisches Asyl in Deutschland extrem hoch sind. Wir haben Anerkennungsquoten von durchschnittlich über 40 Prozent, in Syrien nahe 100 Prozent, Afghanistan 68 Prozent. Da kann doch kein Parlamentarier sagen, diese Flüchtlinge hätten hier nichts zu suchen. Diese Menschen sind in Not.